



Kein sicherer Weg

Schutzsuchende sollten direkt aus den Krisenregionen in sichere Länder kommen können, fordern NGOs und UNHCR seit Jahren. Zwar gab es in Österreich immer wieder humanitäre Aufnahmeprogramme, wie zuletzt für Geflüchtete aus Syrien. Aber die ÖVP leistet massiven Widerstand gegen die Institutionalisierung von Resettlement.

*Von Maria Fellingner und
Elisabeth Sarah Steiner*

Und viele warten immer noch, dass sie angerufen werden, um nach Österreich oder irgendwohin geholt zu werden.“ Mit diesen Worten beschreibt Sattar Albadri – Mitarbeiter im Flüchtlingsdienst der *Diakonie* – die Situation jener Menschen, die Schutz vor Verfolgung und Gewalt suchen und dabei auf die Möglichkeit warten, diesen durch Resettlement-Programme (Übernahme von Geflüchteten aus Erstfluchtländern) gewährt zu bekommen. Obwohl sich die Lage in vielen Län-

dern durch Konflikte, Armut und Gewalt über die letzten Jahre drastisch verschlechtert hat und man* davon ausgeht, dass heute circa ein Prozent der Weltbevölkerung ihrem Zuhause entfliehen musste, gibt es eine abnehmende Bereitschaft diesen Menschen Schutz zu gewähren. 2019 wurden gar nur 4,5 Prozent des globalen Bedarfs an Resettlement erfüllt. *UNHCR* prognostiziert, dass im Jahr 2021 rund 1,5 Millionen Menschen besonders schutzbedürftig sein werden oder in ihrem jeweiligen Erstzufluchtsland keinen angemessenen Schutz finden können.

Der größte Teil dieser Menschen entflohen der Gewalt und Verfolgung im Bürgerkrieg in Syrien und befindet sich nun in den umliegenden Ländern Libanon, Irak, Jordanien, Ägypten oder Türkei.

Besonders drastisch ist auch die Situation der Geflüchteten auf der Reise von Subsahara-Afrika nach Nordafrika und in den Aufnahmeländern der zentralen Mittelmeerregion. Nicht selten werden die Schutzsuchenden auf ihrer Flucht Opfer von Menschenhandel, sexualisierter Gewalt, Ausbeutung und Zwangsarbeit oder gar willkürlicher Verhaftungen und Folter. In Ermangelung von Alternativen und zunehmender Abschottungspolitik der EU müssen die Flüchtenden immer höhere

Risiken in Kauf nehmen, was viel zu viele mit dem Leben bezahlen.

Keine dauerhaften Lösungen in der Region

Insbesondere für besonders schutzbedürftige Menschen sind die „illegalen“ Wege zu Asyl meist zu gefährlich oder kostspielig und daher ausgeschlossen. Sie müssen in Unsicherheit und oft unter dauernder Gefahr vor Verfolgung ausharren.

Resettlement-Programme bieten vulnerablen Gruppen, also zum Beispiel Überlebenden von Gewalt und Folter, gefährdeten Frauen und Kindern, Flüchtlingen mit Behinderungen und/oder gesundheitlichen Problemen, einen Weg in die Sicherheit. Eine Sicherheit, die etwa in der Türkei, Jordanien und im Libanon nur unzureichend gegeben ist, und das trotz der hohen Summen an Hilfgeldern mit denen etwa die EU versucht, die dauerhafte Aufnahme der Geflüchteten in diesen Ländern zu erwirken. Geflüchteten wird häufig der Zugang zu Basisdienstleistungen und Grundsicherheiten verwehrt. Sie leben in Armut und Angst vor angedrohten Rückführungen in die unsicheren Herkunftsländer.

Auch Mohammed Al Radi Al Enezy äußert die Sorge um Angehörige und Familie: „Ja sicher, es gibt viele Leute, die das brauchen. Im Libanon sind zum Beispiel die Leute wirklich sehr arm und sie dürfen nicht legal arbeiten. Auch in Jordanien dürfen sie als Syrer*innen oder Flüchtlinge nicht arbeiten gehen – es ist schwierig dort.“

Mohammed Al Radi Al Enezy ist einer der 1.250 Geflüchteten, die im Rahmen von drei humanitären Aufnahmeprogrammen (HAP 1-3) zwischen 2013 und 2017 aus der Türkei, dem Libanon und Jordanien aufgenommen wurden. Überraschend er-

hielt er nach seiner Registrierung bei *UNHCR* in Jordanien einen Anruf aus Österreich und eine Einladung in die österreichische Botschaft in Jordanien.

Die HAP umfassten mehrere Kontingente von Geflüchteten. Dabei wurden einerseits in enger Zusammenarbeit mit *UNHCR* Flüchtlinge nach deren Kriterien für Resettlement-Programme aufgenommen und andererseits 650 Menschen im Rahmen von Familienzusammenführung nach Österreich geholt. Besonders im Zuge der Familienzusammenführungen setzten sich vermehrt christliche Organisationen für die Aufnahme von Menschen ein, die aufgrund ihres Glaubens Verfolgung erlitten. Die finale Entscheidung über die Aufnahme der Personen oblag allerdings dem Bundesministerium für Inneres. In die Programme flossen laufend Erfahrungswerte der verschiedenen Akteur*innen ein, um die Prozesse für die Menschen zu verbessern und das Ankommen in Österreich zu erleichtern, so die *UNHCR*-Pressesprecherin Ruth Schöffl. Als wichtiger Bestandteil hierfür wurden Kurse zur kulturellen Orientierung eingerichtet, die von der *Internationalen Organisation für Migration (IOM)* vor Ort durchgeführt wurden. Die Kurse hatten zum Ziel, auf das Leben in Österreich vorzubereiten. So wurde vom Wetter bis hin zum Gesundheitssystem über die verschiedensten Bereiche des Lebens gesprochen und aufgeklärt, wie sich ein syrischer Übersetzer und Mitarbeiter von *IOM*, erinnert.

Integration ab Tag eins

Auch Mohammed Al Radi Al Enezy erzählt von den Vorbereitungskursen, davon wie er und seine Familie von Sattar Albadri vom *Diakonie Flüchtlingsdienst* am Flughafen abgeholt und in der Anfangszeit in Österreich von der *Diakonie* mit einer

Wohnung und finanziellen Mitteln unterstützt wurden.

Herr Enezy ist froh hier in Österreich zu sein, in einer Wohnung zu leben und ein freier Mensch zu sein, der sich ohne Sorge in Österreich bewegen kann. Er ist zufrieden und fühlt sich hier sicher.

Die Ankunft in den österreichischen Aufnahmegemeinden und die Integration in Österreich wurden von der *ARGE-Resettlement*, bestehend aus *Caritas*, *Diakonie* und *Österreichischem Roten Kreuz*, unterstützt.

„Höhere und gefährlichere Grenzen führen nur dazu, dass es mehr Tote gibt.“

Die beteiligten Organisationen blicken grundsätzlich sehr zufrieden auf die Programme zurück, hatten sie diese doch auch wesentlich mitgestaltet und ihre Vorstellungen für gelingende Integrationsprogramme einfließen lassen können. Wobei natürlich immer Verbesserungen möglich wären, etwa wenn es um die schnellere Verteilung von Geflüchteten in Aufnahmequartiere geht. Die österreichische Zivilgesellschaft wäre hier allerdings sehr engagiert gewesen, wie *UNHCR* und *Diakonie* betonen. Dieser Einsatz von NGOs und Freiwilligen ist wichtig, kommt ihnen, so *UNHCR*, doch „eine bedeutende Rolle bei der Integration der Resettlement-Flüchtlinge zu“. Christoph Riedl, Asylexperte der *Diakonie*, argumentiert weiters, dass eine wichtige Voraussetzung für eine schnelle Integration darin besteht, dass Geflüchtete nicht in Lagern von der Bevölkerung isoliert werden.

Aus dieser engagierten Zivilbevölkerung werden auch jetzt Forderungen nach einem Kurswechsel hörbar „und nach einer Politik, die irgendwie auch solidarisch ist und nicht so kalt wie die derzeit von der Regierung vorgegebene“, so Riedl.

Er berichtet, dass in der Zeit vor der zweiten *ÖVP-FPÖ*-Koalition die Beamt*innenschaft des Innenministeriums versucht hatte, ein dauerhaftes Resettlement-Programm für Österreich zu etablieren. Die HAP-Programme waren idealerweise nur als eine Art Startschuss gedacht gewesen. Doch in Österreich schlug sich der Rechtsruck massiv und anhaltend in der Asylpolitik nieder. Während in der Koalition *ÖVP-FPÖ* Resettlement zumindest noch im Regierungsabkommen stand, ist dieses Vorhaben in der Koalition von *ÖVP* und Grünen gänzlich gestrichen worden.

Handlungsunfähige EU

Auch in der EU zeigt sich das Erstarren der rechten und rechtsextremen Parteien, wengleich, zumindest theoretisch, Resettlement von der EU in ihrem aktuellen Asylpaket forciert wird. *UNHCR* begrüßt dieses Bekenntnis der EU zu Resettlement in dem von der EU-Kommission vorgelegten Asyl- und Migrationspaket und hofft „dass sich das auch in den Verhandlungen der Mitgliedsstaaten niederschlägt“.

Die EU-Kommission betont grundsätzlich, Resettlement ausbauen zu wollen, jedoch sind schon jetzt Mitgliedsstaaten sehr zurückhaltend. Trotz möglicher Finanzierung durch die EU sind nur wenige Länder bereit, Resettlement-Programme zu implementieren. Auch *UNHCR* betont, dass die Resettlement-Aufnahmezahlen in Europa leider unter den Erwartungen liegen.

Im Gegensatz dazu performt Europa aktuell, wie Christoph Riedl kritisiert, einen

„Abwehrtanz gegen Flüchtlinge“ mit illegalen Push-Backs und einem offenen Bruch des europäischen Rechts und der Menschenrechte. „An den europäischen Außengrenzen geht es um die wirklich grobe Verletzung europäischer Grundwerte, in der Unterbringung von Asylsuchenden, aber auch in der menschenunwürdigen Behandlung anerkannter Flüchtlinge und durch die Push-Backs, die die griechische Regierung zwar bestreitet, die aber täglich stattfinden,“ so Riedl. „Das geht an die Substanz des gemeinsamen europäischen Rechts. Und wenn man da nichts tut, verliert man jede Glaubwürdigkeit. Das ist für ganz EUropa bedrohlich, auch in anderen Rechtsgebieten.“

Als einen Grund dieser Handlungslosigkeit der Europäischen Union sieht Christoph Riedl den politischen Rechtsruck, der nicht nur in Österreich, sondern in der gesamten EU spürbar ist und von der Rhetorik der Flüchtlingsabwehr zu profitieren scheint. Die stärker werdenden rechten und rechtsextremen Parteien in den Mitgliedsstaaten erklären jedoch nicht, warum geltendes EU-Recht von der EU-Kommission nicht eingefordert wird und Verstöße dagegen nicht sanktioniert werden. Christoph Riedl erklärt es sich so: „Die EU hat Angst davor, dass sie sich gegen die Mitgliedsstaaten nicht durchsetzen kann. Und obwohl die EU-Kommission eigentlich weiß, dass die Zustände unhaltbar sind, werden sie verleugnet, weil sonst rauskommen würde, dass sie auf diesem Gebiet inzwischen handlungsunfähig geworden ist.“

Resettlement-Programme könnten jedoch ein Schlüssel für eine solidarische EU-Asylpolitik sein, so Asylexperte Christoph Riedl. Auch wenn die *Diakonie* in der derzeitigen politischen Situation in Österreich keine Hoffnung hegt, dass Resettle-

ment-Programme umgesetzt werden, fordert sie diese beständig.

Denn die Schaffung legaler Einreisemöglichkeiten – wie Resettlement, Familienzusammenführung, Visaerleichterungen oder humanitäre Korridore – wäre die einzige Möglichkeit, Schlepperei sinnvoll zu bekämpfen. Denn „höhere und gefährlichere Grenzen führen nur dazu, dass es mehr Tote gibt“, so Christoph Riedl.

Legale Migration ermöglichen

Auch *UNHCR* plädiert für den Ausbau legaler Fluchtmöglichkeiten. Familienzusammenführung sollte, aus Sicht von *UNHCR*, neben Resettlement und humanitären Aufnahmeprogrammen priorisiert und erleichtert werden. Außerdem plädiert *UNHCR* darauf, weitere legale Zugangsmöglichkeiten wie Student*innen- oder Arbeitsvisa stärker auszuschöpfen. Besonders betont die UN-Flüchtlingsorganisation die Bedeutung von Resettlement für besonders Schutzbedürftige: „Es wäre ein wichtiges Instrument, um diesen Menschen ein Leben in Sicherheit zu ermöglichen und gleichzeitig Solidarität mit jenen Erstaufnahmeländern zu zeigen, die eine große Zahl an Flüchtlingen beherbergen.“

Herr Enezy möchte, dass Menschen humanitäre Aufnahmeprogramme in Jordanien und vor allem im Libanon unterstützen. Er wünscht sich, dass das HAP-Programm wieder gestartet wird und am liebsten, dass Leute aus dem Libanon nach Österreich geholt werden. Um nochmal Sattar Albadri zu zitieren: „Manche, oder viele, warten immer noch, dass sie angerufen werden, um nach Österreich oder irgendwohin geholt zu werden.“